

PAPERS

**CORNELIA HILDEBRANDT,
JOCHEN WEICHOLD**

BUNDESTAGSWAHL 2013
**WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN
IM VERGLEICH**

**CORNELIA HILDEBRANDT
JOCHEN WEICHOLD**

BUNDESTAGSWAHL 2013

**WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN
IM VERGLEICH**

**REIHE PAPERS
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Zu den AutorInnen:

CORNELIA HILDEBRANDT arbeitet als stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse an der Rosa-Luxemburg-Stiftung und leitet den Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen. Dr. JOCHEN WEICHOLD ist Leiter des Bereiches Archiv und Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S . d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: Juli 2013

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Inhalt

Vorbemerkung	5
1. Die Botschaften der Parteien	6
2. Auswege aus Europas Krisen	7
3. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	11
Wirtschaftspolitik	11
Arbeitsmarktpolitik	12
Ostdeutschland	14
4. Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik)	14
Finanz- und Haushaltspolitik	14
Steuerpolitik	15
5. Sozialpolitik	17
Gesundheitspolitik	17
Rentenpolitik	18
Wohnungspolitik	20
Arbeitslosengeld II	21
6. Umwelt-, Energie- und Klimapolitik	21
Umweltpolitik	21
Energiepolitik	23
Klimapolitik	25
7. Bürgerrechte und Demokratie	27
Direkte Demokratie und Wahlrecht	28
Stärkung von Bürger- und Menschenrechten	29
Offenheit und Transparenz	30
Medien und Demokratie	31
Wirtschaftsdemokratie	31
Asyl- und Flüchtlingspolitik	32
Haltung zum Rechtsextremismus	32

8. Außen- und Sicherheitspolitik	33
Zur Rolle der Vereinten Nationen	34
Haltung zur NATO	35
Haltung zur Bundeswehr	35
Haltung zu Rüstungsexporten, Rüstungskontrolle und Abrüstung	35
Verhältnis zu den USA und zu Russland	36
Afghanistan-Politik	37
Entwicklungszusammenarbeit	37
Resümee	38

Vorbemerkung

Welche identifizierbare Programmatik unterscheidet die Parteien substantiell, fragte kürzlich der Sozialpsychologe und bekennende Nicht-Wähler Harald Welzer in einem SPIEGEL-Essay (Nr. 22/2013) mit dem Blick auf die Bundestagswahl 2013. Und mit einem Nein auf der Zunge: „Will DIE LINKE etwas anderes als die SPD, als die CDU, als DIE GRÜNEN?“

Wir gehen im Folgenden dieser Frage nach, kommen aber – um das gleich vorweg zu nehmen – zu einem anderen Resultat als der wortradikale Vertreter der Post-Wachstumsgesellschaft. Auch wir wissen, dass Programme und reale Politik nicht identisch sind. Dennoch lässt sich an Wahlprogrammen genau ablesen, mit welchen Positionen die Parteien in den Wahlkampf gehen. Derartige Dokumente sind ein Spiegelbild vor allem der inhaltlichen Verfasstheit der Parteien. Wahlprogramme werden in der Regel von Wahlparteitagen beschlossen, geben also nicht nur die Auffassung der jeweiligen engeren Parteispitze wieder. Das trifft auf die SPD, die FDP, DIE GRÜNEN und DIE LINKE zu. Gleichzeitig setzen vor allem SPD, GRÜNE und LINKE zunehmend auf partizipative, auf gesellschaftliche Integration ausgerichtete Verfahren zur Erarbeitung der Programme. Die SPD diskutierte in Bürgerforen, DIE LINKE auf öffentlichen Regionalkonferenzen. GRÜNE, SPD und LINKE ermöglichten weitreichende Beteiligungen durch ihre Parteimitglieder. Allein bei den GRÜNEN lagen über 2.600 Änderungsanträge vor, bei der LINKEN über 1.300. CDU und CSU haben ihr Wahlprogramm lediglich auf einer gemeinsamen Sitzung ihrer Vorstände verabschiedet.

Die Länge der Programme und damit die detaillierte Ausführung der Positionen unterscheiden sich. DIE GRÜNEN haben mit Abstand das längste Wahlprogramm. Ein Vergleich der Programme lässt außerdem Rückschlüsse auf die inhaltlichen Positionen auf den einzelnen Politikfeldern zu, die über die Schwerpunkte des Wahlkampfes hinausgehen und die gegebenenfalls wichtig für die Beurteilung künftiger politischer Auseinandersetzungen oder sich neu entwickelnder Kooperationen bzw. Allianzen sind.

Wir behandeln nicht alle, aber wichtige ausgewählte Politikfelder.

Cornelia Hildebrandt, Jochen Weichold

1. Die Botschaften der Parteien

Die im Bundestag vertretenen Parteien gehen mit unterschiedlichen Botschaften in den Wahlkampf. CDU und CSU verweisen auf die positive Entwicklung Deutschlands als „Stabilitätsanker und Wachstumsmotor“ inmitten der Krise Europas und geben dies als Erfolg ihrer Regierungspolitik aus. Diese Politik „von Maß und Mitte“ soll fortgesetzt werden, ist die Botschaft der CDU/CSU. Damit Deutschland ein Land bleibt, das den künftigen globalen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann, müsse es zu einer wettbewerbsfähigen „Chancengesellschaft“ entwickelt werden. Zu den Hauptzielen der Union in der nächsten Legislaturperiode gehöre die Sicherung solider Finanzen als Grundlage für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und nachhaltiges Wachstum und damit die Umsetzung des Dreiklangs aus „Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren“. Deutschland als führender Industrie- und Exportnation gehe es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut gehe. Daher wolle die Union, dass Europa gestärkt aus der Krise komme. Insgesamt bietet die CDU/CSU mit ihrem Wahlprogramm einen gut sortierten Gemischtwarenladen, der alle Wählerschichten bedienen will.

Die FDP mausert sich in ihrem Wahlprogramm von der Steuersenkungspartei zur Partei der Sparsamkeit und Leistungsgerechtigkeit. Nur die FDP würde garantieren, lautet die neoliberale Botschaft der Partei, dass Deutschland und Europa „richtig“ auf die aktuelle Krise reagieren: nämlich mit „mehr wirtschaftlicher Leistungskraft und weniger Staat“. Auch die FDP heftet sich die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den Krisen Europas auf ihre Fahnen, präsentiert sich als Verfechterin einer konsequenten Politik der Geldwertstabilität und als Hüterin der Interessen des Mittelstands (Stichworte: „Steuerbremse“, Abschaffung der „Kalten Progression“). Ebenso wie die CDU/CSU verbindet die FDP die sich verändernde ökonomische Stellung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union (EU) und im globalen Wettbewerb mit dem Ziel der Erschließung neuer aufstrebender Märkte in Asien, Lateinamerika und Afrika und mit der Erklärung, Deutschland sei bereit, globale Verantwortung zu übernehmen.

Die SPD hält sich zugute, in ihrer Regierungszeit mit einer aktiven Industriepolitik und mit den neoliberalen Reformen der „Agenda 2010“ den Grundstein für die relativ erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gelegt zu haben. Nun müssten allerdings einige Fehlentwicklungen wie der Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung korrigiert werden. Generell gelte es, so die Botschaft der SPD, „Deutschland besser und gerechter [zu] regieren“ und für „ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land“ zu sorgen. Die SPD strebe deshalb eine „Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft“ an und verbinde dies – gestützt auf ein gerechteres Steuersystem – mit dem Abbau der öffentlichen Schuldenlast, mit wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Im Unterschied zu CDU/CSU, FDP und SPD beziehen sich DIE GRÜNEN nicht primär auf die bisherigen Erfolge Deutschlands und insofern auf den Erhalt des Status quo, sondern stellen vielmehr die Fragen künftiger Entwicklung ins Zentrum ihres Wahlprogramms. Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und eine moderne Gesellschaft seien für DIE GRÜNEN die zentralen Orientierungen

ihrer Politik. Nur mit starken GRÜNEN werde es 100 Prozent sichere Energie ohne Atom und ohne fossile Energieträger geben, werde die Wirtschaft besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen, vermittelt die Öko-Partei als Botschaft. Sie fordert deshalb „Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen!“ als Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für „mehr Frieden“ durch mehr zivile Krisenprävention und Abrüstung, für ein „besseres Morgen“.

DIE LINKE rückt unter dem Titel „100 Prozent sozial“ ihr Kernthema Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes: „Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN.“ Nur mit der LINKEN gebe es eine Kraft, die konsequent gegen Hartz IV, gegen die Rente ab 67 Jahre, für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist. Nur wenn DIE LINKE im Bundestag vertreten sei, würden die anderen Parteien eine sozialere Politik betreiben, lautet die Botschaft der Partei. Wer Reichtum nicht umverteilen wolle, der könne den Politikwechsel nicht bezahlen. DIE LINKE lege den Finger in die Wunden. Sie gebe denen eine Stimme, die in der großen Politik keine Lobby finden.

2. Auswege aus Europas Krisen

Die Ursachen für die europäischen Krisenprozesse werden von den einzelnen im Bundestag vertretenen Parteien unterschiedlich eingeschätzt, und folglich unterscheiden sich auch ihre Antworten auf die Frage nach den Auswegen aus Europas Krisen. Zwar ist auch CDU/CSU und FDP bewusst, dass die internationale Finanzmarktkrise vor der Krise der Staatshaushalte insbesondere südeuropäischer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) stand, doch reduzieren sie das Krisengeschehen auf eine Staatsschuldenkrise, um in den betroffenen Staaten neoliberale Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen nach dem Modell der deutschen „Agenda 2010“ durchzudrücken. CDU/CSU und FDP wollen die bisherige Austeritätspolitik in Europa fortsetzen: „Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen“, schreiben die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm. Und die FDP fordert: „Der Reformdruck muss erhalten bleiben.“

Die SPD betont, dass die unverantwortlichen Spekulationen auf den Finanzmärkten zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Durch eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte müsse der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen. Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt dürfe in Zukunft unreguliert sein. Die SPD kritisiert, dass die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen hat. Sie will dagegen den Weg zu soliden Staatsfinanzen durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze begleiten.

DIE GRÜNEN konstatieren, dass die gegenwärtige Krise eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise sei. Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union hätten ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern. Die von der Bundesregierung betriebene einseitige Exportorientierung Deutschlands habe zu massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen. Unter Merkels Führung sei das Europa der Nationalstaaten auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft reaktiviert worden. Statt nur auf einseitige Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen, die Europa immer tiefer in die Krise führe und den sozialen Zusammenhalt gefährde, gelte es, eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Eine europäische Wirtschaftspolitik müsse mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu müsse die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. DIE GRÜNEN streiten in diesem Kontext für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas. Erforderlich sei eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal, gewissermaßen eine grüne industrielle Revolution.

DIE LINKE sieht die maßgebliche Ursache der größten Krise der Weltwirtschaft seit 80 Jahren in den Ungleichgewichten in der Außenwirtschaft in Europa und weist darauf hin, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben habe. Am Anfang jeder Krisenlösung müsse stehen: „Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.“ Deutschland habe durch Kürzungsdiktate eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert. DIE LINKE will dagegen (1) einen Schutzschirm für Menschen schaffen statt für Banken und die Profiteure der Krise zur Kasse bitten, (2) eine stabile, nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung in Europa einleiten und (3) eine langfristig tragfähige Perspektive für die europäische Einigung schaffen.

Exemplarisch für die unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Auswege aus Europas Krisen ist die Haltung der Parteien zur „Europäischen Jugendgarantie“. Während sich SPD, GRÜNE, LINKE und selbst CDU/CSU für ein solches Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung in der EU aussprechen, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern zu bekämpfen, lehnt es die FDP ab: Staatlich finanzierte Beschäftigungsprogramme seien ordnungspolitisch falsch, auf Dauer unfinanzierbar, erreichten lediglich Stroheffekte, und ihre Ausgaben würden die Staatsfinanzkrise weiter verschärfen.

Zwar sind sich alle Bundestagsparteien darin einig, dass es zur Vermeidung eines neuen Finanzmarkt-Crashes einer Regulierung der Finanzmärkte und einer Wieder-Zusammenführung von Risiko und Haftung bedarf. Doch hinsichtlich der geeigneten Instrumente gibt es gegensätzliche Positionen. Während SPD und GRÜNE für die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds und DIE GRÜNEN auch für die Einführung von Eurobonds eintreten, um die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherzustellen, lehnen dies FDP und CDU/CSU mit Vehemenz ab und wenden sich gegen eine „Vergemeinschaftung der Schulden“. Die SPD argumentiert, nachdem durch den Fiskalpakt

und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden seien, dürfe das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt hafte durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden.

Während SPD, GRÜNE, LINKE und auch CDU/CSU für eine Finanztransaktionssteuer plädieren, wendet sich die FDP indirekt dagegen: „Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte nicht schließen.“ Während die CDU/CSU für eine wirksame europäische Bankenaufsicht bei der EZB für die großen, systemrelevanten Banken eintritt, lehnt DIE LINKE dies ab, weil es der EZB an unmittelbarer demokratischer Legitimation fehle. Auch FDP, SPD und GRÜNE plädieren für eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, verlangen aber eine strikte institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen. Als einzige Bundestagspartei fordert DIE LINKE, dass die EZB die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanziert. Private Großbanken will sie in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen.

Bis auf die CDU/CSU gehen alle Bundestagsparteien davon aus, dass die abgehobenen Vergütungs- und Boni-Systeme im Bankensektor die internationale Finanzmarktkrise befeuert haben, beschreiten aber unterschiedliche Wege bei ihrer Begrenzung. Um nachhaltige und unter Risikogesichtspunkten verantwortbare Investitionsentscheidungen zu befördern, will die FDP den Einfluss der Hauptversammlung auf die Vergütung des Managements stärken, indem sie Vergütungen der Vorstände oberhalb bestimmter Rahmenvorgaben und Beträge an die Zustimmung durch die Gesellschafter knüpft. „Eingriffe in Eigentümer- und Aktionärsrechte [...] lehnen wir ab.“

Die SPD und DIE GRÜNEN fordern eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Boni-Systeme. Die SPD verlangt die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern (einschließlich Boni und Abfindungen) auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen. DIE GRÜNEN wollen die steuerliche Abzugsfähigkeit der Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen auf 500.000 Euro begrenzen. Bonuszahlungen sollten am Gewinn orientiert sein und dürften künftig zusammen mit anderen variablen Gehaltsbestandteilen wie Tantiemen und Aktienoptionen maximal ein Viertel des Gesamtgehalts ausmachen. DIE LINKE fordert eine gesetzliche Begrenzung der Managergehälter auf das 20-fache der untersten Lohngruppe des jeweiligen Unternehmens, was immer noch einem Jahresgehalt von etwa einer halben Million Euro entspräche. Sie will Boni und überhöhte Abfindungen insgesamt ausschließen.

Keine der Bundestagsparteien stellt die EU in ihrem Wahlprogramm grundsätzlich in Frage, keine beabsichtigt, aus der Gemeinschaftswährung Euro auszutreten, doch hinsichtlich der Art und Weise der weiteren europäischen Integration zeichnen sich deutliche Unterschiede ab. Für CDU und CSU seien die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Sie wollen „kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa“ und betonen die „christlich-abendländischen Wurzeln“ Europas. Die FDP will den Weg der Vertiefung der europäischen Integration hin zu einer

„politischen Union mit festen föderalen Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung“ gehen. Zentralismus dürfe Europa nicht prägen. Eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas sei eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Union.

Die SPD will die politische Union Europas weiter vertiefen und ein soziales Europa schaffen und erklärt: „Wir brauchen [...] in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.“ Sie plädiert für eine stärkere Demokratisierung Europas und für eine stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik. Die SPD setzt sich für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten und für verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen ein. Eine Währungsunion brauche auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen.

DIE GRÜNEN wollen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union ergänzen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik und ohne verbindlich vereinbarte Sozialstandards könnten auf Dauer nicht funktionieren. DIE GRÜNEN wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: Die Eurostaaten müssten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen. DIE GRÜNEN erklären: „Wir wollen Schluss machen mit dem Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards.“ Sie plädieren für gemeinsame europäische Regelungen, wie soziale Mindeststandards, eine soziale Fortschrittsklausel und einen europäischen Steuerpakt.

DIE LINKE tritt für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird: „DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union.“ Die Partei fordert eine grundlegende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU, um die Voraussetzungen für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu schaffen. DIE LINKE will eine EU, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. Sie fordert eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssten Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben. DIE LINKE verlangt Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem. Das Recht auf politischen Streik müsse in ganz Europa ausgeübt werden können.

Die FDP, die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE setzen sich für eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ein, und die SPD möchte generell das Gewaltenteilungsmodell der nationalen Staaten auf die europäische Ebene übertragen. GRÜNE und LINKE plädieren für stärkere Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE verfolgt das Ziel, in der EU verbindliche Volksbegehren und Volksentscheide zu ermöglichen, mit denen auch die EU-Verträge geändert werden können.

3. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Wirtschaftspolitik

Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik sieht die FDP zu Recht „die entscheidende Auseinandersetzung der kommenden Jahre“ zwischen dem von ihr vertretenen und fälschlich als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichneten neoliberalen Marktradikalismus und einer eher keynesianischen Wirtschaftspolitik mit Interventionen des Staates in die Wirtschaft. Ihr Motto lautet ganz klar: „Weniger Staat!“ Die FDP kämpft gegen „planwirtschaftliche Tendenzen“ und will mit ihrer Wirtschaftspolitik vor allem den Mittelstand stärken, „Bürger, Selbständige und Unternehmer von Steuern und Bürokratie“ entlasten, die industrielle Basis erhalten und Arbeitsplätze schaffen.

Die Unionsparteien sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion sein müsse, und erklären die „Soziale Marktwirtschaft“ zu ihrem Leitbild. Sie plädieren für ein nachhaltiges Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet, und für neue Maßstäbe zur Wohlstandsmessung. Bildung und Forschung seien die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg. CDU und CSU wollen die führende Rolle der deutschen Umweltwirtschaft und -technologie weiter ausbauen und Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln. Mittelstand und Existenzgründer sollen gefördert werden.

Die SPD strebt einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik an. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 müsse zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz 2020 weiterentwickelt werden. Die SPD betont, dass Deutschland bei aller Bedeutung des Dienstleistungssektors auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben müsse. Deshalb will die SPD durch die Erneuerung der Infrastruktur, durch Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken. Sie will eine Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte (Mobilität, Gesundheit, Energie, Infrastruktur) voranbringen. Wachstum und Ressourcenverbrauch seien absolut zu entkoppeln. Die SPD setzt (wie DIE GRÜNEN und DIE LINKE) auf die Förderung des Mittelstandes, der Kreativwirtschaft und des Genossenschaftswesens.

DIE GRÜNEN setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild und wollen der Ressourcen- und Materialeffizienz zum Durchbruch verhelfen. Sie erklären: „Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen.“ Wirtschaftswachstum sei nicht das Maß aller Dinge. Zu den Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität müssten auch soziale und ökologische Aspekte gehören, um „der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung [zu] geben“. Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion müssten Hand in Hand gehen.

Die Öko-Partei möchte den Märkten mit einer wertorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Leitplanken setzen. Demokratisch legitimierte

Institutionen müssten den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen. DIE GRÜNEN plädieren für eine aktive Wirtschaftspolitik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken.

DIE LINKE plädiert für eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Sie will Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen, mit der Energiewende Ernst machen und dabei die soziale Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten, Verboten und Transparenz solle die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen bzw. unterbinden. DIE LINKE möchte den sozial-ökologischen Umbau mit einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Ausweitung von personennahen Dienstleistungen verbinden. Sie verlangt ein Programm für öffentliche Investitionen, mit dem die Infrastruktur modernisiert und auf ein leistungsfähiges Niveau gehoben werden soll.

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien will DIE LINKE strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und die großen Stromkonzerne entmachten. In Deutschland sei ein Strukturwandel erforderlich, der von der Exportorientierung hin zu einer deutlichen Stärkung der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten und vergüteten Arbeitsplätzen umsteuert. DIE LINKE will klein- und mittelständische Unternehmen und das Handwerk stützen und mit stärkerer Orientierung auf den Binnenmarkt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe ein Gegengewicht zur expansiven Exportpolitik schaffen.

Arbeitsmarktpolitik

In der Arbeitsmarktpolitik ficht die FDP für eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, während CDU und CSU auf diesem Politikfeld nur wenig Handlungsbedarf sehen. Dagegen wollen die SPD, DIE GRÜNEN und vor allem DIE LINKE der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten. Exemplarisch ist hier die Haltung der Bundestagsparteien zum Mindestlohn. Während die FDP einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn strikt ablehnt und die CDU/CSU lediglich für einen „tariflichen Mindestlohn“ votiert, fordern SPD, GRÜNE und LINKE einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Nach den Vorstellungen von SPD und GRÜNEN soll seine Höhe mindestens 8,50 Euro betragen, nach denen der LINKE zehn Euro und zum Ende der kommenden Wahlperiode mindestens zwölf Euro.

Die FDP bekämpft staatliche Eingriffe in die „Soziale Marktwirtschaft“ und will den Arbeitsmarkt „flexibel und offen“ halten. Das würde für viele Menschen den Einstieg in Arbeit erleichtern. In diesem Kontext plädiert die FDP für „flexible Beschäftigungsformen“, für Lockerungen bei den befristeten Arbeitsverhältnissen, aber auch für die Erhöhung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs auf 450 Euro und für die vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Die Unionsparteien erklären zwar, dass die Festanstellung der Regelfall sein müsse, wollen aber prekäre Arbeitsverhältnisse wie die Zeitarbeit, befristete

Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Teilzeitbeschäftigungen und Werkverträge als wichtige Instrumente am Arbeitsmarkt beibehalten. Sie versprechen, mit den Sozialpartnern sicherzustellen, dass diese Arbeitsverhältnisse nicht missbraucht werden, um bestehende Arbeitsregeln und Lohnuntergrenzen zu unterlaufen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer solle konsequent umgesetzt werden.

Im Unterschied zu FDP und CDU/CSU plädieren SPD, GRÜNE und LINKE in ihren Wahlprogrammen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (bzw. eines „verlässlichen sozialen Arbeitsmarktes“) mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert werden soll. Alle drei Parteien greifen die Forderung der Gewerkschaften nach „Guter Arbeit“ auf und wollen das Tarifvertragssystem stärken. Sie möchten die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen und den Missbrauch von Praktika durch die Einführung von Mindeststandards wirkungsvoll bekämpfen. Sie verlangen gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit und wollen dieses Prinzip auch für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammebelegschaften durchsetzen. Nach dem Willen der GRÜNEN und der LINKEN sollen Leiharbeiter zusätzlich einen Flexibilitätsbonus erhalten (DIE LINKE: in Höhe von zehn Prozent des Lohnes). DIE LINKE will die Verleihdauer auf wenige Monate begrenzen und strebt längerfristig ein Verbot der Leiharbeit an.

SPD und GRÜNE verlangen, mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen zu beenden. SPD und LINKE fordern, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Tariftreue geknüpft wird. DIE GRÜNEN und DIE LINKE plädieren für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und verlangen, den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. DIE GRÜNEN wollen Minijobs ersetzen, DIE LINKE will ihre Umwandlung in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze von der ersten Stunde an.

Die SPD will mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen und erklärt, deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnen- nachfrage lägen im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssten auf das Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit ausgerichtet sein. Der Katalog möglicher Befristungsgründe für Arbeitsverhältnisse soll überprüft werden. Die SPD will die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern, und tritt für das Prinzip der Tarifeinheit ein. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden.

DIE LINKE will Erwerbslosigkeit bekämpfen und den Personalmangel in der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgleichen. Die Löhne müssten deutlich stärker steigen als die Preise. Der Kündigungsschutz müsse gestärkt und profitablen Unternehmen müssten Massenentlassungen verboten werden. DIE LINKE will die Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen und strebt eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden pro Woche an. Kettenbefristungen von Arbeitsverhältnissen sollen untersagt, die Befristung auf einmalig, längstens ein Jahr und wenige sachliche Gründe beschränkt werden.

Teilzeitarbeit dürfe nicht unter 18 Stunden in der Woche geleistet werden. Die Partei will Belegschaften unterstützen, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie (z.B. als Genossenschaften oder als Belegschaftsbetriebe) weiterführen wollen.

Ostdeutschland

Ostdeutschland ist in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien zumeist nur ein Randthema. Nur DIE LINKE und die Union haben der Zukunft der neuen Bundesländer eigene Kapitel gewidmet, wobei die CDU/CSU in ihren Aussagen sehr allgemein bleibt. Die Unionsparteien halten (wie DIE LINKE) den Solidarpakt II für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern für unverzichtbar und wollen die Schaffung neuer, hoch qualifizierter Arbeitsplätze weiter unterstützen. Ziel bleibe die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine auf die speziellen Bedürfnisse der neuen Länder zugeschnittene Förderung von Forschung und Entwicklung. Die SPD will die noch immer „schmerzlichen ökonomischen und sozialen Ungleichheiten zwischen Ost und West“ durch eine solidarische Politik überwinden. DIE GRÜNEN plädieren für eine staatliche Förderung der Forschungslandschaft im Osten Deutschlands sowie für die Unterstützung beim Technologietransfer und bei der Clusterbildung.

SPD, GRÜNE und LINKE gehen davon aus, dass wichtige soziale Differenzen heute und zukünftig nicht mehr allein vor dem Ost-West-Hintergrund zu erfassen und zu bearbeiten seien. DIE LINKE erklärt, dass sie dieses Wissen nicht exklusiv habe: „Was sie aber hat, ist ein Erfahrungs- und Kompetenzvorsprung im Umgang mit sozialen und regionalen Ungleichheiten.“ Ziel linker Politik sei es, die soziale und ökonomische Spaltung Deutschlands in Ost und West zu überwinden und den Auftrag des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages endlich Wirklichkeit werden lassen. SPD, GRÜNE und LINKE plädieren in diesem Kontext für einen gesamtdeutschen Solidarpakt III ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigen müsse. DIE LINKE will zudem die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als wichtiges Wirtschaftsförderinstrument langfristig sichern.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Bundestagswahlen im Westen und nicht im Osten gewonnen werden, hat die FDP ihre Klientel in den alten Bundesländern fest im Blick. Sie fordert, den Solidaritätszuschlag bis 2017 und die Aufbauhilfen Ost bis zum Auslaufen des Solidaritätspaktes 2019 schrittweise vollständig abzubauen.

4. Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik

Finanz- und Haushaltspolitik

In der Finanz- und Haushaltspolitik wollen alle Bundestagsparteien – wenn auch mit unterschiedlichen Instrumenten – den Bundeshaushalt konsolidieren und die finanzielle Lage der Kommunen verbessern. Sie wollen die Staats-

schulden abbauen. Während hier CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE auf die „Schuldenbremse“ setzen, tritt DIE LINKE für ihre Streichung aus dem Grundgesetz und aus allen Landesverfassungen ein. Die FDP fordert den Ausbau der Finanzautonomie der Länder, einen föderalen Wettbewerb, eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt und eine weitere Senkung der Staatsquote. Die SPD plädiert dagegen für „einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu erfüllen“.

Investieren möchten alle Bundestagsparteien in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Darüber hinaus sollen nach den Vorstellungen von SPD, GRÜNEN und LINKEN, aber auch von CDU/CSU, erhebliche finanzielle Mittel für die Energiewende bereitgestellt werden. DIE GRÜNEN und DIE LINKE präferieren haushaltspolitisch eine „ökologische Transformation“ bzw. einen „sozial-ökologischen Umbau“. DIE GRÜNEN nennen überdies die Armutsbekämpfung. DIE LINKE plant zudem ausdrücklich Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und in die Schaffung zusätzlicher tariflich geschützter Beschäftigung.

Gegensätzliche Positionen beziehen die Bundestagsparteien in der Frage der Privatisierung. Die FDP hält es im Sinne von „Privat vor Staat“ für ein Gebot, alle Projekte auf die Möglichkeit der Privatisierung zu prüfen. CDU und CSU möchten verstärkt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können.

Die SPD erklärt, die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre habe sich nicht selten als teurer Irrweg erwiesen. Sie widerspreche Privatisierungen insbesondere, „wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen“. DIE GRÜNEN monieren, häufig hätten Privatisierungen von zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft würde dies bedeuten, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trage letztlich die Allgemeinheit. „Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.“

DIE LINKE fordert eine „Privatisierungsbremse“ und den Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso wie von Public-Private-Partnership-Projekten. Sie verlangt die Re-Kommunalisierung privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge und den Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Demokratisierung des Staates. Öffentliche Einrichtungen müssten in öffentlicher Verantwortung betrieben werden.

Steuerpolitik

In der Steuerpolitik vertreten CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, GRÜNE und LINKE andererseits konträre Auffassungen. Während CDU/CSU und FDP Steuererhöhungen generell ablehnen, halten die derzeitigen Oppositionsparteien Steuererhöhungen für unumgänglich, um Investitionen in Bildung, in die ökologische Transformation und in die Armutsbekämpfung finanzieren zu können. Explizit wollen SPD und GRÜNE den Spitzensteuersatz von derzeit 42 Pro-

zent auf 49 Prozent und DIE LINKE wieder auf 53 Prozent (wie in der Regierungszeit von Helmut Kohl) anheben. Nach den Vorstellungen der SPD soll der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen (bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten), nach denjenigen der GRÜNEN ab 80.000 Euro und nach denjenigen der LINKEN ab 65.000 Euro greifen.

Während sich CDU/CSU und FDP ausdrücklich gegen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer wenden, wollen SPD, GRÜNE und LINKE die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer deutlich erhöhen. Die SPD möchte eine Vermögenssteuer einführen, „die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet“. Hohe Freibeträge für Privatpersonen sollen sicherstellen, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird. DIE GRÜNEN wollen die Vermögenssteuer mittelfristig verfassungskonform wiederbeleben. DIE LINKE fordert eine Vermögenssteuer für Millionäre, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt und danach ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben wird (unter Abzug der darauf lastenden Schulden).

Während die FDP eine Vermögensabgabe expressis verbis ablehnt, wollen DIE GRÜNEN eine zeitlich befristete Vermögensabgabe erheben, die 100 Milliarden Euro einspielen und dazu dienen soll, Bundesschulden zu tilgen, die aus den Konjunkturpaketen und aus der Bankenrettung resultieren. Aus dem gleichen Grund möchte DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe einführen, die 300 Milliarden Euro erbringen soll. Diese Abgabe soll in der Höhe gestaffelt sein: 10 Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro), 20 Prozent ab 10 Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. DIE LINKE will zudem eine Reichensteuer einführen, nach der jeder Euro, der - nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge - über einer Million Einkommen liegt, mit 75 Prozent besteuert werden soll.

Die Unionsparteien und die FDP wollen das bestehende Ehegattensplitting erhalten und (von Seiten der CDU/CSU) sogar um ein Familiensplitting ergänzen. Im Gegensatz dazu streben SPD, GRÜNE und LINKE an, das Ehegattensplitting abzuschmelzen bzw. abzuschaffen. Ausdrücklich lehnt die SPD ein Familiensplitting ab. Während die FDP die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge beibehalten will, planen DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die Abgeltungssteuer abzuschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder gemäß dem individuellen Einkommenssteuersatz zu besteuern. Die SPD möchte in einem ersten Schritt die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen, schließt aber für die Zukunft nicht aus, die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abzuschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung zu unterwerfen.

Um Geringverdiener zu entlasten, wollen DIE GRÜNEN das steuerfreie Existenzminimum für alle von 8.130 auf mindestens 8.700 Euro anheben. DIE LINKE, die auf Umverteilung von oben nach unten setzt, strebt eine Reform der Einkommensteuer an, in deren Ergebnis diejenigen mit weniger als 6.000 Euro Einkommen im Monat weniger Steuern zahlen müssen. Dem gegenüber zielen

die Entlastungsvorschläge von CDU/CSU und FDP auf den Mittelstand. Sie wollen die sogenannte „kalte Progression“ abmildern. Die FDP plädiert gar für eine „Steuerbremse“ und will im Grundgesetz einen Halbteilungsgrundsatz verankern, denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen sei unverhältnismäßig und leistungsfeindlich.

SPD, GRÜNE und LINKE planen, besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen (wie den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Hotels und Beherbergungsleistungen), die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, zurückzunehmen und steuerliche Subventionen – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – zu streichen. Die Gewerbesteuer soll weiterentwickelt und auf eine breitere Basis gestellt werden.

5. Sozialpolitik

In der Sozialpolitik geht es vor allem um die Gesundheitspolitik, um die Rentenpolitik, um die Wohnungspolitik und (bei den kleineren Bundestagsparteien) um das Arbeitslosengeld II (ALG II). Die FDP kämpft „gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Einheitsrenten“ und setzt stattdessen auf mehr Wettbewerb und auf eine Stärkung der Kapitaldeckung in den Solidarsystemen. CDU und CSU erklären: „Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab.“ Die SPD hält generell an der Politik der „Agenda 2010“ fest, verspricht aber den „in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung“ zu korrigieren. DIE GRÜNEN wollen „das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten“ stoppen. DIE LINKE fordert einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz-IV-Logik bricht.

Gesundheitspolitik

Auf dem Feld der Gesundheitspolitik möchten die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE das Zwei-Klassen-System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablösen. Sie streben eine Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege an, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen und zu deren Finanzierung alle Einkommensarten herangezogen werden. Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll wiederhergestellt werden.

Die SPD erläutert: „Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragender Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest.“ Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten werde die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert seien, könnten für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.

Nach den Vorstellungen der LINKEN werde mit der Einführung „einer Kasse für alle“ die private Vollversicherung überflüssig und abgeschafft und die pri-

vate Krankenversicherung auf Zusatzleistungen beschränkt. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung jeglicher Zuzahlungen und Zusatzbeiträge, die Einführung eines Präventionsgesetzes, einen Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern und die Überführung privatisierter Krankenhäuser in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften. DIE LINKE verlangt den Stopp der mit fünf Euro im Monat geförderten privaten Pflegezusatzversicherung und hält den Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge für unsozial und für volkswirtschaftlich unsinnig.

Dagegen lehnen CDU/CSU und FDP eine Bürgerversicherung auf dem Feld von Gesundheit und Pflege als „staatliche Einheitsversicherung für alle“ bzw. als „Bürgerzwangsversicherung“ entschieden ab. Die Unionsparteien streben auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik keinen Kurswechsel an. Sie bekennen sich zum Wettbewerb der Krankenkassen und sind der Auffassung, die private Krankenversicherung leiste mit ihren individuellen Kapitalrücklagen einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen. Auch die Pflegeversicherung habe sich bewährt und solle weiterentwickelt werden. Sie entbinde jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative wahrzunehmen, was mit der staatlichen Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung unterstützt werden soll.

Das Motto der FDP lautet: „Privat kommt vor Staat.“ Sie will nicht nur die privaten Krankenkassen stärken, sondern den Gesundheitsfonds wieder „zurückführen“ und offensichtlich schrittweise durch eine Kranken- und Pflegeversicherung ersetzen, die – bei Aufhebung der Lohnbezogenheit – generell auf einem Prämiensystem mit Kapitaldeckung beruht. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung will die FDP die „Budgetmedizin“ abschaffen und (im Sinne der Kopfpauschale) das Kostenerstattungsprinzip einführen. Dafür solle jeder Patient eine Rechnung erhalten, in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt sind. „Einer Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine Absage.“

Rentenpolitik

Auf dem Feld der Rentenpolitik stehen sich – ähnlich wie auf dem Feld von Gesundheit und Pflege – zwei unterschiedliche Konzepte konträr gegenüber: Während die FDP und auch CDU/CSU die heutige gesetzliche Rentenversicherung in stärkerem Maße durch private und betriebliche Vorsorge ergänzen möchten, plädieren SPD, GRÜNE und LINKE (wenn auch graduell und vom Zeithorizont her unterschiedlich) für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Während die Unionsparteien dieses Thema in ihrem Wahlprogramm nicht aufgreifen, lehnt insbesondere die FDP eine Bürgerversicherung ab und schmäht sie als „Einheitsrente“.

Die SPD will mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung einen Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung machen, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Nach dem Willen der GRÜNEN soll die Rentenversicherung mittelfristig zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürge-

rinnen und Bürger, das heißt auch Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Nach Auffassung der LINKEN sollen alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten sowie Politikerinnen und Politikern. Die Partei fordert in diesem Kontext die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Abflachung der Rentenhöhe.

Während CDU/CSU, FDP und GRÜNE den Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre für notwendig halten, schweigt die SPD in ihrem Wahlprogramm zu diesem Thema. DIE LINKE bezieht in dieser Frage als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien eine gegenteilige Position: Damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden könne, müsse das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente durch Streichung der Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel wieder auf 53 Prozent erhöht und die Rente erst ab 67 Jahren abgeschafft werden. Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – soll ein abschlagsfreier Einstieg in die Rente möglich sein. Zudem sollen (unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes) Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden. Schließlich will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente von monatlich 1.050 Euro netto einführen.

Allerdings versprechen auch CDU/CSU, SPD und GRÜNE, der drohenden Altersarmut gegenzusteuern. CDU und CSU sagen zu, ab 2014 für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung zu berücksichtigen („Mütterrente“). Wer jahrzehntelang gearbeitet habe, dürfe im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. „Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten.“ Die Unionsparteien planen, eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen einzuführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

Die SPD konstatiert, dass ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden könne. Sie verspricht, das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrecht zu erhalten. Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehöre und Beiträge gezahlt habe, müsse eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn will die SPD darum eine steuerfinanzierte „Solidarrente“ einführen. Diese soll dafür sorgen, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt. DIE GRÜNEN wollen die Riesterreute grundlegend reformieren und für langjährig Versicherte eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro einführen.

Während die Unionsparteien die Auffassung vertreten, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen sei, plädieren SPD, GRÜNE, LINKE und FDP in ihren Wahlprogrammen für die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West. DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West so geschehen solle, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben, ein Modell, dessen praktische Umsetzung lediglich zur Angleichung der Rechengrößen, nicht aber der Renten führt. Die SPD will mit der Angleichung der

Rentenwerte den Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abschaffen. DIE LINKE fordert, die Angleichung dürfe nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb müsse die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gebe. Es müsse zudem Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für verschiedene Berufs- und Betroffenenengruppen im Zuge der Rentenüberleitung geschaffen wurden.

Wohnungspolitik

In der Wohnungspolitik befürworten alle Bundestagsparteien die Förderung des Baus neuer Wohnungen, um den Wohnungsmarkt zu entspannen, wobei SPD, GRÜNE und LINKE kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen präferieren. Ansonsten setzen sie auf recht unterschiedliche Instrumente, um den Anstieg der Mieten zu bremsen. Für die FDP ist Wohneigentum der beste Schutz vor steigenden Mieten und zugleich ein wichtiger Beitrag zur Altersvorsorge. Sie setzt daher auch auf diesem Politikfeld auf das Eigentum und fordert, die Vermietung von Wohnungen müsse sich rechnen. Sie lehnt „weitere regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt“ (wie Mietpreisdeckelungen und „Sanierungsverbote“) oder stärkere staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen entschieden ab.

Die Unionsparteien wollen dagegen bei der Wiedervermietung von bestehenden Wohnungen die Möglichkeit eröffnen, in angespannten Märkten die Mieterhöhungen in Zukunft auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Ähnlich (jedoch nicht so vage) wollen SPD und GRÜNE die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Nach den Plänen der GRÜNEN sollen Mieterhöhungen durch Modernisierung auf maximal 9 Prozent gesenkt und auf den altersgerechten Umbau und auf die erfolgreich durchgeführte energetische Sanierung beschränkt werden. Abgezielt wird bei Letzterem auf eine Warmmietenneutralität.

Im Unterschied zu den anderen Bundestagsparteien will DIE LINKE Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung für unzulässig erklären. Der Mietspiegel müsse flächendeckend eingeführt werden und sich an allen Bestandsmieten orientieren, nicht nur an den Abschlüssen der letzten Jahre. Die Kommunen sollen das Recht erhalten, auf der Grundlage dieser Mietspiegel Höchstmieten festzulegen. DIE LINKE will Modernisierungen mieterfreundlich gestalten und die Umlage für Sanierung und energetische Modernisierung deshalb von elf auf fünf Prozent reduzieren und nach einer Frist von 20 Jahren zurücknehmen. Die energetische Gebäudesanierung müsse öffentlich gefördert werden. Die Mieterinnen und Mieter dürften nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmietenneutralität).

Beim umstrittenen Thema Maklergebühren pocht die FDP auf die Vertragsfreiheit. Die Union will für Maklerleistungen klare bundeseinheitliche Rahmenbe-

dingungen schaffen, um mehr Rechtssicherheit zu erzielen: „Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftraggeber auftreten können.“ SPD, GRÜNE und LINKE vertreten die Position, dass Maklergebühren derjenige bezahlen soll, der ein Maklerbüro beauftragt.

Arbeitslosengeld II

Die Regelungen beim Arbeitslosengeld II werden von CDU/CSU und SPD nicht thematisiert und damit offenbar auch nicht in Frage gestellt. DIE GRÜNEN wollen den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro anheben. Für Sanktionen soll zunächst ein Moratorium gelten, bis die Sanktionsregeln entschärft sind. DIE GRÜNEN möchten beim Arbeitslosengeld II längerfristig die Grundlage der Berechnung von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung umstellen. DIE LINKE besteht dagegen auf ihrer Forderung „Hartz IV muss weg!“ und verlangt eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung. Kurzfristig müssten die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen und so genannte „Ein-Euro-Jobs“ abgeschafft werden. Anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften müsse das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltspflichten eingeführt werden.

Die FDP hält an den gegenwärtigen Regelungen zum Arbeitslosengeld II fest und betont, dass es dabei bleiben müsse, dass bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann. Längerfristig will sie an dessen Stelle ein „Liberales Bürgergeld“ einführen und damit die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ordnen. Hierzu sollen das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst werden.

SPD und GRÜNE möchten mittelfristig die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle weiterentwickeln. DIE LINKE fordert eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert. Längerfristig plant DIE LINKE, ein Konzept einzubringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt. SPD, GRÜNE und LINKE wollen das von der CDU/CSU-FDP-Koalition eingeführte „bildungsfeindliche“ Betreuungsgeld wieder abschaffen.

6. Umwelt-, Energie- und Klimapolitik

Umweltpolitik

Fragen der Umweltpolitik spielen in den Wahlprogrammen aller Bundestagsparteien eine wichtige Rolle, nehmen aber bei den GRÜNEN eine herausgehobene Position ein. DIE GRÜNEN wollen eine intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle, den Schutz der Vielfalt der Natur, eine konsequente Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und ein Umdenken in Konsumgewohn-

heiten und Lebensstilen, eine bäuerlicher Landwirtschaft mit Ökolandanbau und Regionalvermarktung, ohne Massentierhaltung und Tierquälerei.

Nach Auffassung der Union kommt dem Umweltschutz eine besondere Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu. Mit ihrer Hightech-Strategie 2020 möchten CDU und CSU Forschungs- und Innovationsaktivitäten bündeln und auf die Zukunftsmärkte Umwelt und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation ausrichten.

Die FDP will, dass Deutschland als Exporteur von Ideen und Innovationen hilft, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen zu mehren. Sie will die Steuerungswirkung aller Fördermaßnahmen regelmäßig überprüfen und – wenn notwendig – anpassen.

Die SPD verbindet Umweltschutz mit zukunftsorientierten Investitionen in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung, Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme seien Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch hätten. Umweltschutz ist für die SPD eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Für DIE LINKE sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise untrennbar miteinander verbunden. In diesem Sinne stellt sich die Partei gegen die Abwälzung der Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung.

In der Frage des **ökologischen Landbaus** setzen die Bundestagsparteien deutlich unterschiedliche Akzente. CDU und CSU bekennen sich zur Vielfalt der Landwirtschaft in Deutschland und sehen konventionelle und ökologische Wirtschaftsweisen als gleichberechtigt an. Die FDP will die Rahmenbedingungen für die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft durch marktwirtschaftliche Reformen weiter verbessern und tritt deshalb für unternehmerische Freiheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. DIE GRÜNEN möchten die grüne Agrarwende weiterentwickeln und wenden sich gegen die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Agrarförderung sollte an ökologische und soziale Leistungen, an artgemäße Tierhaltung oder regionale Wertschöpfung geknüpft werden. Auch die LINKE fordert, dass Agrarförderprogramme sozial und ökologisch ausgerichtet werden. Sie will den Ökolandbau fördern und ausweiten und die biologische Vielfalt auf dem Acker und im Stall erhalten. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pestiziden soll verringert werden.

Angesichts einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit in Sachen Verbraucherschutz positionieren sich die Bundestagsparteien verhalten bis streng restriktiv zur **Gentechnik**. CDU und CSU wollen, dass Verbraucher wissen, ob Lebensmittel mit gentechnischen Verfahren erzeugt worden sind. Die FDP möchte eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter, bei deren Produktion an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Sie will das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern und so der Marktmacht von Saatgut- und Gentechnik-Konzernen entgegentreten.

SPD, GRÜNE und LINKE lehnen dagegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen generell ab. Die SPD fordert Saatgutreinheit und eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. Das gelte auch für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Bestandteile in Lebensmitteln. DIE GRÜNEN lehnen den Import von gentechnisch veränderten Pflanzen ebenso ab wie gentechnisch veränderte oder geklonte Tiere oder Patente auf Pflanzen oder Tiere. DIE LINKE verlangt eine Verschärfung des Gentechnikgesetzes und der Kennzeichnungsvorschriften und ein Verbot von Agro-Gentechnik und Biopatenten.

Energiepolitik

Alle Parteien versprechen in ihren Programmen, sich für erneuerbare Energien, für Strategien zur Reduzierung des Energieverbrauchs und vor allem für eine bezahlbare Energiewende einzusetzen. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf die zeitlichen Dimensionen, auf die Gewichtung der einzelnen Energiequellen, auf die Verknüpfung der Energieproblematik mit wirtschaftlichen und/oder sozialen Fragen und auf den Stellenwert öffentlicher Regulierungen des Energiesektors.

CDU/CSU und FDP versprechen, weiter für bezahlbare Energiekosten für Verbraucher und insbesondere für die Industrie zu sorgen, damit sie wettbewerbsfähig bleibt. CDU und CSU wollen mit einer „heimischen und vor Ort organisierten“ umweltfreundlichen, sicheren und preisgünstigen Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land sichern und setzen auf die Vielfalt von Wind-, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwärme. Sie setzen auf international aufgestellte Energieversorger, Stadtwerke und private Energieerzeuger, auf eine engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes. Die FDP will die Energiewende wirtschaftlich sinnvoll gestalten. Statt für einen ordnungspolitischen Ansatz plädiert sie dabei ausdrücklich für einen „marktwirtschaftlichen Ansatz“ und für „ein Maximum an marktwirtschaftlichen Lösungen“.

Die SPD möchte durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken. Sie will die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie erhalten und die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln. DIE GRÜNEN möchten die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürgernäher gestalten und deshalb kommunale Klima- und Energiekonzepte aktiv unterstützen. Sie streben den Einstieg des Bundes in eine zu gründende Deutsche Netzgesellschaft an – mehrheitlich in öffentlicher Hand mit Gewinn-Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. DIE LINKE will den sozial-ökologischen Umbau mit einem öffentlichen Investitionsprogramm befördern. Strom- und Wärmenetze würden in öffentliche Hand oder in die Hand unter demokratischen Gesichtspunkten geführter Unternehmen gehören. Hierzu sollen Stadtwerke und genossenschaftliche Versorger gestärkt werden.

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien halten am ***Ausstieg aus der Kernkraft*** fest, beziehen aber unterschiedliche Positionen zur ***Nutzung fossiler Energieträger***. Die CDU/CSU verspricht, sich dafür einzusetzen, dass

für alle Kernkraftwerke (KKW) in der EU rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis deutscher Stresstests eingeführt werden. Sie will für die „heimische Braunkohle“ den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen und für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen. Die FDP möchte die stillgelegten KKW möglichst zügig zurückbauen, jedoch die Kernforschung und eine entsprechende Hochschulausbildung in Deutschland erhalten. Die SPD hält Kohle- und Gaskraftwerke (im Sinne von Brückentechnologien) nach wie vor für erforderlich. DIE GRÜNEN sagen klar, dass die Energieversorgung der Zukunft weder auf Atom, noch auf Kohle und Öl aufbauen dürfe. DIE LINKE verlangt für den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung ein Kohleausstiegsgesetz mit schrittweisen Abschaltungen bis 2040. Neue Kohlekraftwerke oder Tagebaue dürften nicht mehr genehmigt werden.

Hinsichtlich der Suche nach einem **Atom-Endlager** verweisen CDU und CSU auf das Standortauswahlgesetz und die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern sowie der Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen, die bis 2015 objektive Kriterien für einen Endlagerstandort festlegen sollen. Die FDP will eine ergebnisoffene Suche. SPD, GRÜNE und LINKE setzen auf eine breite gesellschaftliche Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien. GRÜNE und LINKE lehnen Gorleben als Endlager ab, DIE LINKEN darüber hinaus auch den Schwarzbau von Endlagern sowie den Betrieb des geplanten Endlagers Schacht Konrad. CDU und CSU bekennen sich zur Verantwortung für die Rückholung des eingelagerten Atom- mülls im Schacht Asse II und wollen den Asse-Fonds mit Mitteln für einen Nachteilsausgleich für die Region ausstatten. Die SPD will die Sanierung von untauglichen Endlagern wie Asse II durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanzieren. DIE GRÜNEN fordern die komplette Finanzierung der Endlager- suche von den Verursachern des Atom- mülls und wollen Atom- müllexporte verbieten.

Hinsichtlich **Erneuerbarer Energien** in Verbindung mit **Energieeffizienz** und **Energieeinsparung** verfolgen die Bundestagsparteien unterschiedliche Ziel- marken und setzen sie unterschiedliche Schwerpunkte. Die CDU/CSU will bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch um mindestens zehn Prozent in Gebäuden vermindern. CDU/CSU und FDP streben den Ausbau von bedarfsorientierten „denkenden Netzen“ und den Ausbau des europäischen Netzverbundes an. Die FDP fordert einen garantier- ten Mindestanteil an erneuerbaren Energien für den EU-Binnenmarkt. Die SPD steuert einen Stromanteil von 40 bis 45 Prozent aus Erneuerbaren Energien und von 25 Prozent aus Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2020 an und will bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen. DIE GRÜNEN wollen bis 2022 bereits 50 Prozent und bis 2030 100 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien produzieren. Im Gebäude- und Wärmebe- reich soll die Umstellung bis 2040 erfolgen. DIE LINKE möchte in einem ersten Schritt bis 2020 die Stromversorgung zu 50 Prozent und die Wärmeversorgung zu 20 Prozent aus Erneuerbaren Energien sicherstellen. Sie verlangt langfristig einen Masterplan für Deutschland, nach dem die Strom- und Wärmeversorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien erfolgen soll.

Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt eine Gewinnung von Gas durch **Fracking** ablehnen,

wollen CDU/CSU und FDP diese Methode unter der Bedingung zulassen, dass Gefahren für die Menschen und für das Grund- und Trinkwasser ausgeschlossen werden können. Die FDP bindet diese Fördermethode zudem an die gesellschaftliche Akzeptanz.

Mit unterschiedlichen Maßnahmen wollen die Bundestagsparteien Fehlentwicklungen bei **Biokraftstoffen** begegnen. DIE LINKE will den Import von Agrotreibstoff verbieten, weil er die Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt. Regionale, reine Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim Öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden. DIE GRÜNEN erklären, die Energiewende dürfe nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des Naturschutzes gehen. Sie setzen sich dafür ein, die Erzeugung und den Import von Biomasse an die Einhaltung strenger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu binden. Sie wollen dem übertriebenen Maisanbau in Deutschland, den Fehlsteuerungen in der Agrar- und Energiepolitik der letzten Jahre zu verantworten hätten, entgegenwirken und die Rahmenbedingungen so ändern, dass sich die Förderung von Biogasanlagen künftig auf die Verwertung biogener Reststoffe konzentriert und dass Anreize geschaffen werden, den Anbau von Monokulturen auf Fruchtfolgen und auf ökologisch und landschaftlich attraktive Energiepflanzen umzustellen. Auch die SPD strebt eine nachhaltige Biomasseproduktion an, um den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegen zu wirken.

Die CDU/CSU will sich dagegen für die Fortführung der Beimischungsquoten im Biokraftstoffbereich einsetzen, plant aber den Ausbau der Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais. Die FDP verspricht, bei Biokraftstoffen darauf zu achten, dass es nicht zur Konkurrenz zwischen Tank und Teller kommt, und deshalb die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation, hergestellt ausschließlich aus Reststoffen von Nahrungspflanzen und Holz sowie organischen Abfällen, durch Forschungsförderung voranzutreiben. Gleichzeitig setzt sie bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu Biokraftstoffen stärker auf Anreize zur Nutzung von Reinbiokraftstoffen statt auf starre Beimischungsquoten wie bei E10.

Klimapolitik

Die **Klimaschutzziele** der Bundestagsparteien sind unterschiedlich ambitioniert. CDU und CSU setzen sich für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein und wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 vermindert wird. Die FDP möchte den CO₂-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Die SPD strebt eine Absenkung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu 1990 an. SPD und GRÜNE verlangen ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten: 40 Prozent Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040. Dieses Gesetz soll Ziele für alle klimarelevanten Sektoren (Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft) beinhalten.

DIE GRÜNEN setzen sich darüber hinaus für eine verbindliche Fortentwicklung der Klima-, Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Ziel-Jahr 2030 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 Prozent sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 Prozent steigen. Die Öko-Partei fordert zudem einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien. DIE LINKE will bis 2020 den Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990 halbieren und bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden.

Hinsichtlich des **Emissionshandels** gehen die Meinungen der Bundestagsparteien weit auseinander. Während aus Sicht der LINKEN der Emissionshandel versagt habe und daher durch verbindliche Vorgaben ersetzt werden müsse, halten CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE an ihm fest. Die SPD will den darniederliegenden europäischen Emissionshandel als *das* zentrale marktwirtschaftliche Instrument reaktivieren, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen. CDU/CSU und FDP setzen sich für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein mit dem Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Die Union will dazu die Idee eines „Clubs der Energieverwendestaaten“ umsetzen, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt.

DIE GRÜNEN wollen den Emissionshandel durch Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂ stärken. Bis dahin soll Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren, vorangehen. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor, wie dies die FDP fordert, streben DIE GRÜNEN in anderen Emissionssektoren eine stärkere Orientierung der Energiesteuern am CO₂-Ausstoß an. Dagegen lehnt die FDP explizit eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch eine „CO₂-Steuer“ ab.

Bei der energetischen **Gebäudesanierung** planen die Bundestagsparteien unterschiedliche Vorgehensweisen. Die Unionsparteien möchten das Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen und über eine steuerliche Förderung zusätzliche Anreize für private Investitionen auslösen. Die FDP setzt auch hier auf den Markt und lehnt ordnungsrechtliche Vorgaben als „Zwangssanierungen“ im Gebäudebestand ab. Sie werde überzogene Vorgaben bei Umwelt- und Energieauflagen im Gebäudebestand nicht befürworten. Die SPD will das Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur energetischen Gebäudesanierung deutlich erhöhen. Beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sollte die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie ausgerichtet werden. DIE GRÜNEN streben bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand an. Für neue Gebäude sollen Niedrigenergiestandards gelten. Die Sanierungsquote soll auf drei Prozent ansteigen. DIE GRÜNEN wollen das KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit zwei Mrd. Euro jährlich ausstatten und verstetigen. Zusätzlich möchten sie für Maßnahmen in Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten einen Energiesparfonds in Höhe von jährlich drei Mrd. Euro einrichten. DIE LINKE verlangt ein sofortiges Bundesprogramm zur energetischen Gebäudesanierung. Die entsprechende Bundesförderung müsse auf fünf Milliarden Euro aufgestockt werden.

Auch in der **Verkehrspolitik** gehen die Bundestagsparteien unter klimapolitischen Gesichtspunkten unterschiedliche Wege. Die Union bekennt sich zu einem integrierten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt. Sie will Deutschland zu einem Leitmarkt und Leitanbieter für umweltfreundliche Antriebstechnologien machen und setzt auf Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien. Die SPD will mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und ein nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen sollen.

Nach dem Willen der LINKEN sollen umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -konzepte Vorrang vor dem Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schnellbahnverbindungen bekommen, was eine dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel erfordere. Die LINKE lehnt die Zerschlagung und Privatisierung der Deutschen Bahn ab. Für sie gehört der öffentliche Personennah- und -fernverkehr in öffentliche Hand. Sie will gemeinsam mit Sozialticket-Initiativen in den Ländern und Kommunen für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr kämpfen und perspektivisch den öffentlichen Nahverkehr entgeltfrei organisieren. DIE GRÜNEN streben die Entwicklung intelligenter Mobilitätskonzepte und eine sinnvolle Kombination und den Ausbau von elektromobilen Verkehrsmitteln, die mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden, in allen Bereichen an. Die Palette reicht dabei vom öffentlichen Nah- und Fernverkehr über Elektroautos bis zu E-Bikes und Pedelecs.

Während CDU/CSU und FDP auf Elektroautos setzen und bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen schicken wollen, sind Elektroautos aus Sicht der LINKEN keine nachhaltige Alternative, weil ihre Produktion die Umwelt „über die Maßen“ belastet. Für DIE GRÜNEN sind diese Autos ein ökologisches Verkehrsmittel unter anderen; die SPD äußert sich zu dieser Frage nicht.

7. Bürgerrechte und Demokratie

Auf dem Feld von Bürgerrechten und Demokratie besteht ein tiefer Graben zwischen den GRÜNEN, der LINKEN und – mit gewissen Abstrichen – der FDP und der SPD auf der einen Seite und der CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Unionsparteien fordern eine „wehrhafte Demokratie“ und verbinden sie mit dem Kampf gegen jeden Extremismus, Terrorismus und religiösen Fundamentalismus. Andererseits erklären sie, dass Demokratie in der Gesellschaft für sie die Möglichkeiten des Mitmachens, des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung vor allem bei Großvorhaben bedeute.

Die FDP verknüpft demokratische Gestaltung mit Rechtstaatlichkeit und solider Haushaltspolitik. Schulden – perpetuieren die Neoliberalen ihr Lieblingsthema – würden „wie Drogen“ wirken, die Gesellschaft in Abhängigkeit bringen und gegebenenfalls Gesellschaft und Demokratie existenziell bedrohen. Erste Voraussetzung zur Gestaltung demokratischer Gesellschaften sei deshalb der Abbau von Schulden.

Die SPD beschreibt sich als große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland, die vor 80 Jahren als einzige Partei das Ermächtigungsgesetz der Nazis abgelehnt habe. Sie verbindet demokratische und soziale Teilhabe und verweist auf den Zusammenhang von zunehmender Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung und die Abnahme von Vertrauen in die Demokratie.

Die GRÜNEN stehen für eine Erneuerung der Demokratie durch Transparenz, Öffentlichkeit, Bürgerbeteiligung, Stärkung der Repräsentation und den Kampf gegen alte und neue Nazis. Sie stehen für die demokratische Teilhabe aller durch direkte Beteiligungsmöglichkeiten, für geschlechtergerechte Repräsentanz und für Bekämpfung der Korruption. Zur Demokratie gehören für sie Demonstrationen, mitunter auch ziviler Ungehorsam.

DIE LINKE will keine „marktkonforme Demokratie“ wie die CDU, sondern Märkte und Wirtschaft der Demokratie anpassen und dazu soziale und Bürgerrechte stärken. Wer über den gesellschaftlichen Reichtum verfüge, wer bestimme, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert werde – diese Fragen betreffen nach Auffassung der LINKEN in ihrem Kern die Eigentumsfrage und daher das „Wesen der Demokratie“. Die Partei bindet damit die Demokratie an die Eigentumsfrage: Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum, d.h. kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum, könne eine Demokratie nicht funktionieren.

Direkte Demokratie und Wahlrecht

Hinsichtlich der Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der ***direkten Demokratie*** fordern FDP, SPD, GRÜNE und LINKE Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, während die Union zu diesem Thema in ihrem Wahlprogramm schweigt. Die FDP will diese direktdemokratischen Elemente verfassungsrechtlich verankern. DIE GRÜNEN wollen die Finanzquellen von Volksentscheid-Kampagnen transparent machen und die Spendenhöhe wie bei der Parteienfinanzierung begrenzen. DIE GRÜNEN und DIE LINKE fordern außerdem auch auf EU-Ebene Volksentscheide. DIE LINKE verlangt für Volksentscheide niedrige Zugangshürden sowie umfassende Informations- und Auskunftsrechte.

Ein gewisses Umdenken hat offenbar auch in der Union eingesetzt. So wollen CDU und CSU Betroffene vor allem bei Großvorhaben wie Flughafenerweiterungen oder dem Ausbau von Windkraftanlagen und Stromnetzen zu Beteiligten machen. Dies müsse bei der Klärung des Bedarfs beginnen und verbunden sein mit frühzeitigen Beteiligungsverfahren. Außerdem solle die Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen befristet werden. Die

FDP setzt sich für Bürgerplenarverfahren und für ein fakultatives Gesetzesreferendum ein.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wollen das **Wahlrecht** auf neue Wählergruppen ausweiten. SPD, GRÜNE und LINKE möchten das Wahlalter auf 16 Jahre senken. DIE LINKE fordert ein Wahlrecht für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Die FDP plädiert für ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige. DIE GRÜNEN streben das kommunale Wahlrecht auch für Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft an. Zudem treten sie dafür ein, das Wahlrecht für Obdachlose zu gewährleisten. SPD und GRÜNE setzen sich dafür ein, dass Menschen, die unter Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird. DIE LINKE lehnt bei diesen Menschen den Entzug des Wahlrechts generell ab. Außerdem fordert DIE LINKE die Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel.

Stärkung von Bürger- und Menschenrechten

Unterschiedliche Akzente setzen die Bundestagsparteien bei der **informatiellen Selbstbestimmung**. GRÜNE und LINKE lehnen die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab, die FDP lediglich die „anhaltslose“ Vorratsdatenspeicherung. DIE LINKE wendet sich zudem strikt gegen Bestandsdatenauskünfte und Online-Durchsuchungen, gegen nichtindividualisierte Funkzellenabfragen, gegen Video-, Späh- und Lauschangriffe sowie gegen Rasterfahndungen. DIE LINKEN plädiert für datenschutzfreundliche Technik, für datensparsame Grundeinstellungen bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-Computern und Apps sowie für das Recht, die eigenen Daten „mitzunehmen“ oder zu löschen. Sie ist für eine klare Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

DIE GRÜNEN stellen sich gegen ein Zwei-Klassen-Internet, wollen daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern und das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 GG zu einem umfassenden Kommunikations- und Mediennutzungsgeheimnis weiterentwickeln. Die SPD richtet ihren Fokus auf einen besseren Schutz vor Überwachung und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und fordert dazu ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

Die Union will bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes das Recht auf Selbstbestimmung über die persönlichen Daten und den Schutz ihrer Privatsphäre erhalten. Bei der Nutzung von persönlichen Daten müsse der „Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten“. Die CDU/CSU möchte das Recht auf das Löschen der eigenen Daten vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchsetzen.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wenden sich **gegen jegliche Diskriminierung** aufgrund von Religion, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Behinderung und treten für geistige und körperliche Unversehrtheit, gegen weibliche Genitalverstümmelung und gegen häusliche Gewalt ein. Darüber hinaus setzen sich FDP und LINKE für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Pakt der UNO über

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ein, das es Einzelpersonen ermöglicht, persönliche Rechte vor einem internationalen Gremium einzuklagen.

Offenheit und Transparenz

Fragen der Offenheit und Transparenz (Open Data) nehmen dieses Mal in den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien einen weit größeren Raum ein als in der Vergangenheit. SPD, GRÜNE und LINKE verbinden Fragen von Transparenz und Informationsrechten mit staatlichem Handeln und Partizipation. SPD und GRÜNE fordern auf Bundesebene den Ausbau des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem umfassenden Transparenzgesetz. SPD, GRÜNE, FDP und LINKE sprechen sich für die Nutzung von Open Data aus, um staatliches Wissen unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte öffentlich zu machen. Datenbestände von Verwaltungen, Behörden und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien/offenen Lizenzen und in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden. DIE GRÜNEN streben ein „Informationsfreiheitsgesetz 2.0“, einschließlich der vollständigen, zeitnahen, diskriminierungs- und barrierefreien Veröffentlichung von Rohdaten, an. DIE LINKE fordert verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen auch für Forschungsdaten, die nach dem Prinzip des Open Data zugänglich gemacht werden sollen.

Die Union verknüpft dagegen in ihrem Programm den Begriff der „Transparenz“ an die Möglichkeit der Information und Kontrolle des Einzelnen über die ihn betreffenden Fragen (wie Verbraucherschutz oder Alterssicherung) und den Begriff der „Offenheit“ mit Planungsverfahren und Bürgerbeteiligung. Ähnlich fordert die FDP Transparenz und Information bei der Produktion von Konsumgütern und Dienstleistungen, bei der Arbeitsvermittlung und bei der Krankenversicherung ein. Allerdings verlangt die FDP darüber hinaus auch Transparenz und Beteiligung an kommunalen Entscheidungen.

SPD, GRÜNE und LINKE fordern, dass Einkünfte aus Nebentätigkeiten von Abgeordneten vollständig offengelegt werden müssen. CDU/CSU und FDP äußern sich dazu nicht. SPD, GRÜNE und LINKE verlangen auch ein verpflichtendes Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage. Dazu gibt es keine Positionierung in den Programmen von CDU/CSU und FDP.

SPD und GRÜNE fordern ein bundesweites Korruptionsregister und eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und für Führungspersonal in Ministerien. FDP, SPD und GRÜNE treten für die Ratifizierung der UN-Antikorruptionskonvention ein. Die SPD will deshalb nach der Wahl einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch den Einsatz externer Berater in Bundesministerien will die SPD durch eine „legislative Fußspur“ nachvollziehbar machen. Nur so werde deutlich, welchen Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben.

Die SPD will für Parteispenden eine Höchstgrenze von 100.000 Euro pro Spender im Jahr festlegen. DIE GRÜNEN wollen Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen, und DIE LINKE will Unternehmensspenden an Parteien verbieten und hohe Spenden von Privatpersonen transparent machen. Außerdem wollen DIE GRÜNEN mit Hilfe eines Transparenzgesetzes die Verbindung von öffentlichen Aufträgen und Parteispenden offenlegen.

Medien und Demokratie

Alle Parteien sprechen sich für die Vielfalt und Qualität der Medien aus. Voraussetzung für eine vielfältige Medienlandschaft seien für CDU/CSU und FDP gleichberechtigte und gleichwertige Medienarten, was sie über einen „fairen Wettbewerb“ gewährleisten wollen. Die FDP versteht darunter, „gebührensубventionierte Marktverzerrung“ auszuschließen. Sie fordert deshalb eine Überprüfung und Konkretisierung des Grundversorgungsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dementsprechend eine Anpassung der Finanzierung.

Für die SPD sind unabhängige und vielfältige Medien ein Grundpfeiler für lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil des Alltags. DIE GRÜNEN verbinden die Frage der Medien mit der digitalen Transformation der Gesellschaft, die neue Fragen der Vergütung für Urheberinnen und Urheber und neue Möglichkeiten der Teilhabe an und des Zugangs zu kulturellen Werken eröffnet. Sie setzen – auch im Internet – auf Dezentralität, Offenheit und Vielfalt. DIE LINKE fordert europaweite öffentlich-rechtliche Medien und Plattformen und einen gleichberechtigten Zugang für politische und soziale Kräfte. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk will sie reformieren, die Rundfunkräte quotieren und die Kartellgesetze im Medienbereich verschärfen, um die Medienkonzentration einzudämmen.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien erklären in ihren Programmen, dass sie sich für Breitbandanschlüsse einsetzen. Die Union will diese bis 2018 sicherstellen. FDP, SPD, GRÜNE und LINKE fordern, Breitbandanschlüsse flächendeckend zu gewährleisten. DIE GRÜNEN möchten Breitbandanschlüsse bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode im zweistelligen Mbit/s-Bereich bereitstellen. SPD, GRÜNE und LINKE wollen Breitbandanschlüsse über einen Universaldienst absichern. DIE LINKE fordert internetfähige Endgeräte „als Teil des soziokulturellen Existenzminimums“.

Wirtschaftsdemokratie

Im Unterschied zu CDU/CSU und FDP streben SPD, GRÜNE und LINKE nach mehr Demokratie in der Wirtschaft. DIE LINKE fordert eine Demokratisierung der Wirtschaft, die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und Unternehmensebene sowie die Beteiligung am Produktivkapital. Sie strebt neue Strukturen wie Branchen-Räte an, die den demokratischen Einfluss der Gesellschaft auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren sollen. Die SPD will mehr Demokratie im Betrieb. Sie möchte die Mitbestimmung auch auf europäischer Ebene stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung verhindern. Aus Sicht der GRÜNEN müsse zu großen Ballungen von wirtschaftlicher und finanzieller Macht durch Demokratisierung von innen (zum Beispiel durch den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und durch Reformen im Aktienrecht) entgegengewirkt werden.

Asyl- und Flüchtlingspolitik

In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen FDP, SPD, GRÜNE und LINKE eine ganze Reihe von restriktiven Bestimmungen abschaffen, während die Union auf diesem Politikfeld offenbar kaum Handlungsbedarf sieht. CDU und CSU verweisen auf das Grundrecht auf Asyl und wollen zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten. Flüchtlinge aus Drittstaaten sollen aufgenommen werden, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können.

FDP, SPD und GRÜNE setzen sich für eine Fortführung bzw. den Ausbau des Resettlement-Programms des UNHCR für Kontingentflüchtlinge über das Jahr 2014 hinaus ein. Die FDP strebt außerdem einen Europäischen Verteilungsschlüssel ähnlich dem Königsteiner-Schlüssel in Deutschland an. Flüchtlinge sollen erst ab 18 Jahren verfahrensmündig sein. Bei der Rückführung von abgelehnten Bewerbern in andere EU-Länder müsse es eindeutige und gemeinsame Bestimmungen über sichere Drittstaaten geben.

FDP, SPD und LINKE wollen die **Residenzpflicht** abschaffen. Nach dem Willen von FDP und GRÜNEN soll auch die Arbeitserlaubnispflicht von Asylbewerbern entfallen. Auch die SPD will den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Nach Auffassung der LINKEN stehe Asylsuchenden das gleiche Recht auf Arbeit, Grundsicherung und Gesundheitsversorgung zu wie den Bürgern Deutschlands. Die SPD will Leistungen für Asylbewerber nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren, GRÜNE und LINKE möchten das **Asylbewerberleistungsgesetz** abschaffen. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Abschaffung der Unterbringung der Asylbewerber in Sammellagern.

FDP, SPD und GRÜNE streben eine weitergehende **Bleiberechtsregelung** für Asylbewerber an. Sie wollen das Aufenthaltsgesetz so ändern, dass ausreisepflichtige Jugendliche und Heranwachsende nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstige ausreisepflichtige Personen ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht erhalten. DIE LINKE fordert ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben.

GRÜNE und LINKE lehnen **FRONTEX** ab. DIE GRÜNEN fordern einen „institutionellen Neuanfang“, der durch das Europäische Parlament kontrolliert wird. Während die FDP den Rechtsschutz in Dublin-Fällen gesetzlich so regeln will, dass er den Anforderungen der Dublin-III-Verordnung genügt, möchten GRÜNE und LINKE das Dublin-System abschaffen. DIE GRÜNEN streben eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem an und wollen den Schutz von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit rechtlich verankern. Darüber hinaus lehnen sie Vorschläge wie Eurosur und „smart borders“ ab.

Haltung zum Rechtsextremismus

Hinsichtlich des Rechtsextremismus hängen CDU/CSU und FDP nach wie vor der Totalitarismus-Doktrin an, während sich SPD, GRÜNE und LINKE im Kampf gegen Rechtsextreme gegen eine derartige Relativierung verwahren. CDU/CSU und FDP schreiben in ihren Wahlprogrammen, dass sie die „wehrhafte

Demokratie“ stärken und hierzu den „Extremismus wirksam bekämpfen“ wollen. Sie würden deshalb jeder Form von Extremismus, Gewalt und Terror entschieden entgegen treten, „unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt“. Deshalb müsse das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick genommen werden. Als Instrument wollen CDU und CSU dazu die Anti-Terror-Datei und die Rechtsextremismus-Datei aufbauen. Ebenso notwendig sei aus ihrer Sicht, eine Datei für „Links- und Ausländerextremismus“ anzulegen.

Im Unterschied zu CDU/CSU und FDP positionieren sich SPD, GRÜNE und LINKE klar zum Rechtsextremismus und verurteilen die Morde der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“. DIE GRÜNEN verweisen auf den skandalösen Umgang von Verfassungsschutzbehörden, Polizei und Justiz bei der Aufklärung dieser Morde. DIE LINKE nimmt den NSU-Skandal zum Anlass, ihre grundlegende Kritik am Verfassungsschutz zu wiederholen, den sie zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ auflösen will. Die SPD verlangt ein transparentes Verfassungsschutzgesetz mit klaren Regeln für den Umgang mit V-Leuten.

SPD, GRÜNE und LINKE fordern ein Verbot der NPD. Dieses Verbot – so beschreiben es SPD, GRÜNE und LINKE in ihren Programmen – werde das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus allein nicht lösen, stehe aber für eine „gesellschaftliche Ächtung“ (LINKE) und verhindere staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten. SPD, GRÜNE und LINKE verlangen die Abschaffung der Extremismus-Klausel.

8. Außen- und Sicherheitspolitik

Alle im Bundestag vertretenen Parteien erklären, dass sich ihre Politik an der weltweiten Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, an einer friedlichen, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung, an Armutsbekämpfung, politischer Stabilität und Völkerverständigung orientiert. CDU/CSU und FDP beschreiben hierbei die „globale Verantwortung“ Deutschlands und verbinden sie mit verlässlichen Partnerschaften und Bündnispflichten im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der EU. CDU/CSU, FDP und SPD wollen die militärische Zusammenarbeit in der EU vertiefen, die FDP und die SPD langfristig auch europäische Streitkräfte aufbauen. Die SPD will die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führen. Und auch aus Sicht der GRÜNEN müsse die Bundeswehr „europatauglicher und VN-fähiger“ werden.

Die FDP schreibt, sie stehe zu einer Kultur der „militärischen Zurückhaltung“, und betont als Ziele ihrer Politik neben der Einhaltung und der Stärkung der Menschenrechte den Schutz von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ihre Außenpolitik orientiere sich an historisch gewachsenen Wertegemeinschaften und neuen Partnerschaften in Lateinamerika, Asien und Afrika.

Die SPD betont, sie habe sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts besitze sie

eine lange Tradition im Hinblick auf vertrauensbildende Politik, Interessensausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese Politik solle zeitgemäß erneuert und weiterentwickelt werden, so dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu will sie – ebenso wie DIE GRÜNEN – das Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln und den Zivilen Friedensdienst stärken.

DIE GRÜNEN möchten die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken. Sie verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung („responsibility to protect“) als wichtige Säule der Krisenprävention und wollen sie wirksamer umsetzen. Um zivile Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen DIE GRÜNEN die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den „Zivilen Friedensdienst“ verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische Angebot an Schulen unterstützen.

Nach dem Willen der LINKEN darf Krieg kein Mittel der Politik sein. DIE LINKE fordert deshalb den Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen. Sie erinnert daran, dass fast immer, wenn von „deutschen Interessen“ gesprochen werde, wirtschaftliche Interessen wie Rohstoffsicherung oder der Zugang zu Absatzmärkten gemeint seien. DIE LINKE stelle sich deshalb gegen jede imperialistische Politik und trete für eine konsequente Friedenspolitik ein. Sie werde sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland befürwortet.

Zur Rolle der Vereinten Nationen

Alle Parteien setzen sich für eine Stärkung der Rolle und Handlungsfähigkeit der UNO ein. Der Sicherheitsrat müsse aus Sicht von CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN reformiert werden. Dazu gehört für die CDU/CSU die Weiterentwicklung des Völkerrechts, um Freiheit und Menschenrechte weltweit durchzusetzen, aus Sicht der FDP die Verstärkung der parlamentarischen Mitarbeit in den UN-Prozessen und aus Sicht von GRÜNEN und LINKEN eine gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates: Die LINKE setzt sich für eine stärkere Repräsentanz afrikanischer, lateinamerikanischer und südasiatischer Staaten und für die Gleichberechtigung der Sicherheitsratsmitglieder ein. Die GRÜNEN wollen die Vetomöglichkeiten im Sicherheitsrat künftig mit einem Begründungszwang belegen und langfristig abschaffen.

CDU/CSU, FDP und SPD fordern langfristig einen ständigen Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat. Während CDU/CSU und FDP bis dahin einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat anstreben, lehnt DIE LINKE dies ab. DIE GRÜNEN plädieren dafür, den oder die nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung Großbritanniens und Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen.

CDU/CSU, FDP und SPD erklären, dass sie sich – wie bisher – im Rahmen der UNO an (militärischen) Konfliktregelungen beteiligen wollen. Für DIE GRÜNEN haben direkt geführte UN-Missionen Vorrang vor EU- oder NATO-geführten

Missionen. An der Vision, der UNO eigene ständige Truppen zu unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente, halten DIE GRÜNEN fest und setzen sich dafür ein, dass Deutschland UN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt. DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der UNO ab.

Haltung zur NATO

In der Haltung zur NATO gibt es eine tiefe Kluft zwischen CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während sich CDU/CSU, FDP und SPD zur NATO bekennen, wollen DIE GRÜNEN die NATO so reformieren, dass sie in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Russland und alle osteuropäischen Länder müssten eingebunden werden. Die NATO solle künftig Motor bei Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. DIE LINKE fordert dagegen die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt.

Haltung zur Bundeswehr

CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE stehen zur Bundeswehr und ihren Auslandseinsätzen und binden Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr an das Völkerrecht sowie an Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates. DIE LINKE lehnt Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Sie will den Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee stoppen, die Bundeswehr in den kommenden vier Jahren drastisch reduzieren und zu einer strukturell nichtangriffs- und nichtinterventionfähigen Armee abrüsten. Langfristig will DIE LINKE eine Welt ohne Kriege und deshalb ein Deutschland und ein Europa ohne Armeen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN lehnen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren ausdrücklich ab.

Haltung zu Rüstungsexporten, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Während CDU und CSU an den geltenden Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern festhalten wollen, streben FDP, SPD und GRÜNE eine Einschränkung von Rüstungsexporten an. DIE LINKE fordert dagegen ein Verbot aller Rüstungsproduktion und jeglicher Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen. Als ersten Schritt verlangt sie das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken. Als weiteren Schritt fordert DIE LINKE, dass Rüstungsproduktion und -exporte nicht mehr staatlich unterstützt werden.

CDU und CSU setzen sich hingegen lediglich für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein. Ihr Ziel sei es, weltweit die Verbreitung von konventionellen Waffen stärker zu kontrollieren und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere an Terroristen

zu verhindern. Atomwaffen sollen abgebaut und konventionelle Streitkräfte begrenzt werden.

FDP, SPD und GRÜNE fordern eine parlamentarische Rüstungs-Export-Kontrolle und hierfür die Schaffung eines parlamentarischen Kontrollgremiums, das aus Sicht der GRÜNEN auch die Möglichkeit haben muss, ein aufschiebendes Veto einlegen zu können. DIE GRÜNEN wollen mit einem neuen Kontrollgesetz den Export von Waffen aus Deutschland begrenzen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN wollen Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte prinzipiell verbieten.

FDP, SPD, GRÜNE und LINKE wollen sich für den Abzug der verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland einsetzen. SPD, GRÜNE und LINKE stehen für eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Die SPD unterstütze deshalb regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Die GRÜNEN setzen sich für eine Konferenz der Vereinten Nationen zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten ein. DIE LINKE tritt mit Nachdruck für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit ein. Die GRÜNEN und die LINKE wenden sich gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr und setzen sich international für ein Verbot von vollständig autonomen Waffen ein.

DIE LINKE will mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung u.a. in einen neuen Prozess der Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie will dabei an die friedens- und wirtschaftspolitischen Debatten der Gewerkschaften in den 1980er Jahren und die Konversionsdiskurse Anfang der 1990er Jahre im Rahmen der Auflösung der NVA anknüpfen.

Verhältnis zu den USA und zu Russland

CDU/CSU, FDP und SPD bekennen sich explizit zum transatlantischen Bündnis mit den USA. Vor diesem Hintergrund wird auch die geplante transatlantische Freihandelszone zwischen den USA und der EU von CDU/CSU, FDP und SPD ausdrücklich befürwortet. Die LINKE erwartet hingegen von der Freihandelszone keine positiven Entwicklungen und befürchtet Niedrigstandards im Bereich der Finanzdienstleistungen und auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge infolge weltweiter Konkurrenz.

Alle Parteien im Bundestag sprechen sich für ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland aus. CDU und CSU streben ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland an, eine Vertiefung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Für die FDP stehe die strategische Zusammenarbeit mit Russland nicht im Widerspruch zu einem offenen und mitunter auch kritischen Dialog. Die SPD setzt gegenüber Russland auf eine Politik, die wirtschaftliche Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer „umfassenden Modernisierungspartnerschaft“ verbindet. Sie bietet sich außerdem „als Mittler eines notwendigen fortgesetzten amerikanisch-russischen Dialogs“ an. Aus Sicht der GRÜNEN müsse Russland in eine künftige Sicher-

heitsarchitektur integriert werden. DIE LINKE fordert die Einbindung Russlands in ein die NATO ersetzendes System kollektiver Sicherheit.

Afghanistan-Politik

CDU/CSU, FDP und SPD bejahen den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, wollen ihn allerdings 2014/15 beenden. Ab 2015 soll sich die Bundeswehr vorrangig für die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen. Auch DIE GRÜNEN bekennen sich zu diesem Einsatz, wollen seiner Verlängerung über 2014 hinaus jedoch nur als UN-mandatierte peace building mission (ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung) zustimmen. DIE LINKE will dagegen den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Nahtlos müsse ein tragfähiges, ziviles Sicherheits-Konzept umgesetzt werden. Die insgesamt bisher für den Militäreinsatz verwendeten Gelder sollen in ihrer Gesamtsumme für mindestens zehn Jahre für zivile Projekte und Wiederaufbau in Afghanistan zur Verfügung gestellt werden.

Entwicklungszusammenarbeit

Grundsätzlich erklären alle Parteien im Bundestag, dass sich ihre Entwicklungszusammenarbeit auf nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, auf den Schutz der Umwelt, der Artenvielfalt und des Klimas, die Bekämpfung von Armut, auf Demokratie, politische Stabilität, auf Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, auf den Schutz von Minderheiten sowie die Durchsetzung der Rechte von Frauen und Mädchen richte. Alle Parteien plädieren für die Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele und sprechen sich – bis auf die FDP – ausdrücklich dafür aus, 0,7 Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.

Die GRÜNEN wollen jährlich 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen. Die LINKE verlangt, die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 2008, jährlich 500 Mio. Euro für den internationalen Biodiversitäts- und Waldschutz bereitzustellen, einzulösen.

CDU/CSU, FDP und SPD sehen die Entwicklungszusammenarbeit in einem engen Zusammenhang mit den Interessen der deutschen Wirtschaft. Besonders die FDP verweist darauf, dass Deutschland wie kaum ein anderes Industrieland auf Freihandel und auf den Zugang zu den weltweiten Rohstoffmärkten angewiesen sei. In diesem Sinne strebt sie strategische Partnerschaften mit wichtigen Rohstoffländern im Rahmen einer nationalen Rohstoffstrategie und die weitere Verzahnung außen-, sicherheits-, entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Interessen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik an.

DIE LINKE setzt sich für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Ländern des Südens ausgerichtet ist. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen aus Sicht der LINKEN beendet werden. Dasselbe gelte für Freihandelsabkommen. Neoliberale Strukturanpassungen dürften nicht länger erzwungen werden.

SPD, GRÜNE und LINKE wollen Ernährungssicherheit verwirklichen und deshalb die skrupellose Spekulation mit Nahrungsmitteln verhindern. Zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und Ernährungssouveränität gehören für alle drei Parteien neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft auch die Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme sowie Maßnahmen gegen „Land Grabbing“. Der Schwerpunkt müsse auf die kleinbäuerliche Land- und Viehwirtschaft sowie auf die handwerkliche Fischerei gelegt werden. Zudem seien Lösungen für Landlose zu finden. Die SPD will ihre Entwicklungspolitik verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie auf fragile Staaten und Regionen konzentrieren. Notwendig sei für die Überwindung von Armut und Ungleichheit auch die Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert. Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind aus Sicht der GRÜNEN Entschuldungsinitiativen und die Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich.

Resümee

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, der GRÜNEN und der LINKEN zur Bundestagswahl 2013 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren. Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Wie bei der Bundestagswahl 2009 ist auch 2013 das Bild auf den Feldern Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte sowie Migrations- und Flüchtlingspolitik am klarsten.

Erstens. Auf der *Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“* bilden die FDP und die Partei DIE LINKE die Gegenpole. Die CDU/CSU befindet sich auf dieser Achse nahe bei der FDP. Das Programm der SPD liegt näher bei einer Sozialstaatsorientierung. DIE GRÜNEN sind zwischen SPD und der LINKEN einzuordnen. Die Forderungen der Partei DIE LINKE gehen zum Teil weit über die von SPD und GRÜNEN hinaus. Das trifft vor allem auf die Vorstellungen zu den Auswegen aus Europas Krisen, aber auch auf andere Politikfelder zu.

Zweitens. Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der *Achse „libertäre versus autoritäre Orientierung“* die CDU/CSU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie DIE GRÜNEN auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen, die FDP näher bei GRÜNEN und LINKEN.

Drittens. Auf der *Achse „nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung“* steht die Union tendenziell auf der Seite des Nationalen. DIE LINKE und DIE GRÜNEN sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Auch hier liegt die SPD dazwischen. Die FDP changiert mit dem Blick auf die größtmögliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirt-

schaft zwischen einer nationalen Orientierung wie in der Frage von Eurobonds und europäischem Schuldentilgungsfonds und einer weltoffenen Orientierung wie beim Einwanderungsrecht. In Bezug auf die Europäische Union streben SPD, FDP und GRÜNE die Vertiefung zur politischen Union an, DIE LINKE dagegen einen Neustart der EU mit einer grundlegenden Veränderung ihrer vertraglichen Basis. CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNE sprechen sich für die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone aus oder stellen diese nicht grundsätzlich in Frage. DIE LINKE lehnt diese ab.

Viertens. In der Außen- und Sicherheitspolitik stehen sich CDU/CSU, FDP und SPD auf der einen und DIE LINKE auf der anderen Seite gegenüber. Erstere bekennen sich zur NATO und zu Militäreinsätzen, einschließlich in Afghanistan. DIE LINKE hingegen lehnt generell Kriegseinsätze, auch UN-mandatierte, ab. Sie will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands ersetzen. DIE GRÜNEN positionieren sich zwischen diesen Polen – näher bei CDU/CSU, FDP und SPD. Sie fordern eine Reform der NATO und bekennen sich zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, wollen seiner Verlängerung über 2014 hinaus jedoch nur als UN-mandatierte peace building mission (ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung) zustimmen.

Insgesamt gibt es (wie schon 2009) die größten programmatischen Schnittmengen zwischen den GRÜNEN und der Partei DIE LINKE auf den Gebieten der Ökologie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Demokratie und Bürgerrechte und der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Auch bei SPD und LINKEN gibt es neben deutlichen Differenzen auf vielen Politikfeldern (vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik) ähnliche Positionen („gute Arbeit“, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn, Bürgerversicherung, soziale Demokratie).

Auffällig ist dieses Mal allerdings **erstens**, dass sich die Unionsparteien mit ihrem Wahlprogramm partiell anschlussfähig nach drei Seiten präsentieren: (1) für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, (2) für eine Große Koalition und (3) auch für ein schwarz-grünes Regierungsbündnis (Stichworte: Energiewende, Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch). Auffällig ist **zweitens** die große Übereinstimmung in den Programmen von SPD und GRÜNEN hinsichtlich konkreter Vorhaben (vor allem in der Steuerpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik, aber auch in umweltpolitischen Fragen). Auffällig ist schließlich **drittens**, dass DIE LINKE – bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit SPD und GRÜNEN in vielen Fragen – immer wieder bemüht ist, eigene Akzente zu setzen, um sich von der linken Konkurrenz abzuheben. Sie profiliert sich insbesondere als *die* Partei der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten.

Quellen:

- CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 – 2017, Hrsg.: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2013], 78 S.
- FDP: Bürgerprogramm 2013, beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 5. Mai 2013 in Nürnberg, [Berlin 2013], 101 S.
- SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017, Hrsg.: SPD-Parteivorstand, Berlin [2013], 118 S.

- Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, 336 S.
- 100 Prozent sozial. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013, [Berlin 2013], 86 S.

Berlin, im Juli 2013